



Es gilt das gesprochene Wort

19. Mai 2019

**Grusswort der
Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh an der
Delegiertenversammlung des Schweizerischen
Israelitischen Gemeindebundes**

Sehr geehrte Repräsentantinnen und Repräsentanten des SIG und seiner Mitgliedsgemeinden, sehr geschätzter Dr. Herbert Winter

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin

Sehr geehrte Präsidentin der ICZ, Shella Kertész

Sehr geehrter Präsident der Agudas Achim, David Bollag

und sehr geehrter Präsident der IRG, Bernhard Korolnik

Sehr geehrter Herr Rabbiner Noam Hertig

Sehr geehrte Stände-, National-, Kantons- und Gemeinderätinnen und -räte,

Sehr geehrte Gäste des SIG

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung zur Ihrer Delegiertenversammlung. Gerne überbringe ich Ihnen nach der Begrüssung der Stadtpräsidentin auch die Grüsse der kantonalen Regierung.

Ich bin sicher, dass Sie sich über die Nachricht der Stadtpräsidentin gefreut haben, dass sich **nach der Zusage des Kantons**¹ nun auch die Stadt Zürich an den Kosten für die Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen beteiligen will. Auch ich freue mich über dieses Commitment. Vielen Dank, geschätzte Stadtpräsidentin! Sicherheitsdirektor Mario Fehr hat ja bereits Anfang dieses Jahres angekündigt, dass der Kanton und die Stadt Zürich den Beitrag des Bundes verdoppeln sollen. Im April hat der Regierungsrat dem Bund die entsprechende Stellungnahme im Rahmen seiner Vernehmlassung zur neuen Verordnung eingereicht.

¹ RRB 363 Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (Vernehmlassung) vom 17. April 2019

Aber eigentlich, geschätzte Repräsentantinnen und Repräsentanten der Schweizer Jüdinnen und Juden, eigentlich stimmt es mich nachdenklich, dass wir es im Jahr 2019 trotz unserer aufgeklärten und globalisierten Gesellschaft immer noch nicht geschafft haben, dass alle Kulturen, Religionen und Minderheiten gemeinsam in Frieden leben können.

Leider ist nicht nur der Blick über unsere Landesgrenze hinaus mitunter sehr erschreckend. Es vergeht kaum eine Woche, in der wir nicht über terroristische Anschläge irgendwo auf der Welt lesen oder hören. Oft sind religiöse oder andere Minderheiten im Visier von gewaltbereiten Personen. Auch bei uns in der Schweiz besteht seit einiger Zeit eine erhöhte Terrorbedrohung. Besonders jüdische und muslimische Personen und deren Einrichtungen seien einem erhöhten Risiko ausgesetzt, dass sie zum Ziel gewaltextremistischer oder terroristischer Aktionen werden².

Der erst im März erschienene Antisemitismusbericht erteilt der Schweiz nicht gerade die besten Noten. Zwar – und dafür bin ich sehr dankbar – kommt es bei uns seltener zu gewalttätigen antisemitischen Übergriffen als in anderen europäischen Ländern. Aber natürlich ist jeder einzelne Fall einer zu viel. Und erschreckend ist die Tendenz, dass antisemitische Äusserungen und Drohungen im Internet und in den Sozialen Medien Hochkonjunktur haben. Die vermeintliche Anonymität von sozialen Medien enthemmt. Diese Entwicklung geht uns alle an. Diskriminierung, Verleumdungen, Drohungen oder Ehrverletzungen dürfen wir in unserer Gesellschaft nicht dulden. Wir müssen konsequent dagegen vorgehen und bei jeder Gelegenheit daran erinnern, dass eine freie Demokratie, wie wir sie hier in der Schweiz leben, auf Respekt und Toleranz basiert. Respekt gegenüber dem Individuum und Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Dazu gehört auch die Toleranz gegenüber den unterschiedlichen Religionen in unserem Kanton. Das Judentum ist ein sehr wichtiger Teil von Zürich. Ich bin stolz, dass wir eine lebendige, aktive jüdische Gemeinschaft in Zürich haben.

Ich danke Ihnen auch im Namen des Gesamtregierungsrats für Ihr Engagement, die gemeinsamen Interessen der Juden in der Schweiz zu wahren und zu fördern. Und ich danke Ihnen, dass Sie den Dialog suchen und das Wissen über das Judentum fördern. Denn schliesslich macht vor allem das Angst, was man nicht kennt. Ich möchte Sie ermutigen, dass Sie Ihre Arbeit fortsetzen und Respekt und Toleranz einfordern.

Herzlichen Dank für Ihre Einladung!

² Gemäss Einschätzung des Nachrichtendienstes des Bundes NDB